

Albert Fuchs

Ein balanciertes Zusammenspiel wäre eine prima Alternative

Zur friedenspolitischen Konfliktlage bei pax christi nach der Delegiertenversammlung 2006

Der Tagungsdokumentation zufolge war die Delegiertenversammlung der deutschen Sektion von pax christi im November 2006 auf den ersten Blick eine ausgesprochen effiziente Veranstaltung (cf. pax christi, 2006). Auf einen zweiten Blick wird dieses Bild jedoch getrübt. So wurden u.a. zwei Kommissionen nicht wieder eingesetzt, deren Themenbereiche unbestritten als besonders wichtig für die Bewegung gelten. Die Kommission Nationalismus und Antisemitismus trat vor dem Hintergrund inhaltlicher Differenzen zwischen Präsidium und Kommission und eines Umgangs von Präsidiumsseite, der bei der Tagung – anscheinend unwiderrspochen – als »nicht gut« qualifiziert wurde (ebd., S. 8), erst gar nicht zur Weiterarbeit an. Die Kommission Friedenspolitik beantragte zwar eine Wiederbeauftragung, die Versammlung lehnte diesen Antrag aber mehrheitlich ab – und betraute das Präsidium damit, doch irgendwie für die Fortsetzung ihrer Arbeit Sorge zu tragen!

Solche Ungereimtheiten drängen die Frage auf, wie es zu ihnen kommen kann. Hier wird zunächst vor allem vor dem Hintergrund spezifischer Erfahrungen der vormaligen Kommission Friedenspolitik die Konfliktlage genauer beschrieben. Dann werde ich den in der Überschrift anklingenden Vorschlag, den Grundkonflikt zu transformieren, näher erläutern.

Grundkonflikt

Die Arbeit der auf der Delegiertenversammlung 2003 konstituierten Kommission Friedenspolitik stand von Anfang an und in allen Themenfeldern in Spannung zum Ansatz von Geschäftsführendem Vorstand (GV) und Präsidium. Die Konfliktlinien wurden seitens der Leitungsebene im Zusammenhang einer Auseinandersetzung um die Predigt von Militärbischof Mixa zur 40. Kommandeurtagung »50 Jahre Bundeswehr« (Mixa, 2005) sozusagen zu Protokoll gegeben (Schnettler, 2006). In der Gewaltfrage geht es um die prinzipiell pazifistische gegen die prioritär pazifistische Option. Bezüglich der Form der Auseinandersetzung mit der herrschenden Militär- und Sicherheitspolitik steht die direkte (streitbare) Aktion gegen ein indirektes, rollen- und routinegebundenes, (quasi-)bürokratisches Verfahren.

Betrachtet man beide Dimensionen als frei kombinierbar, erhält man vier idealtypische Orientierungen:

		Modus der Auseinandersetzung	
		direkte (streitbare) Aktion	indirektes (bürokratisches) Verhalten
Gewalt-Frage	prinzipiell pazifistisch	I	II
	prioritär pazifistisch	III	IV

Durch die Merkmalskombination I in diesem Vierfelderschema ist der Ansatz der Kommission wohl am besten zu charakterisieren, durch die Kombination IV der des GV bzw. des Präsidiums. Demnach stehen diese Organe in einem zweifachen Gegensatz. Einen ähnlichen Gegensatz sehen Soziologen und Politologen zwischen sozialen Bewegungen und (internationalen) Nichtregierungsorganisationen – wobei allerdings der Modus der Auseinandersetzung im Vordergrund steht (z.B. Tarrow, 2004). Jedenfalls verstehen sich die (Ex-)Kommissionsmitglieder als bewegungsnah, gehören auch anderen Sektoren des Bewegungsspektrums an oder stehen mit diversen Personen und Gruppen dieses Spektrums in regem Austausch, nehmen inhaltliche Anregungen daraus auf und neigen zu bewegungstypischen Aktionsformen. Analoges gilt (vermutlich) für die VertreterInnen der Leitungsebene im Hinblick auf politische und kirchliche Repräsentanten und Instanzen.

Aus der Sicht von Position I fungieren die Exponenten von IV bestenfalls als »verantwortliche Kritiker«. Indem sie den vom Mainstream vorgegebenen Rahmen für eine Diskussion unter »recht denkenden Personen« übernehmen, stabilisieren sie letztlich die Doktrinen der Staatsreligion – im gegebenen Fall insbesondere das staatsreligiöse Dogma von der »Friedensnotwendigkeit« militärischer Gewalt und Gewaltvorbereitung und den Mythos besonderer Problemlösekompetenz und -eignung des politischen (und kirchlichen) Establishments und seiner Routinen. Die propagandistische Nützlichkeit ihrer »rechtschaffenen« Haltung können oder wollen sie nicht begreifen und genau darum werden sie toleriert oder sogar geachtet (in Anlehnung an Chomsky, 1999). Umgekehrt läuft Ansatz I aus der Sicht von Position IV auf »politikunfähige«

Fundamentalopposition hinaus. Eine solche Fundamentalopposition trägt aus dieser Sicht wenig bis nichts dazu bei, die Kompetenz der Sektion in der Sacharbeit zu stärken und das erreichte Niveau der öffentlichen Wahr- und Ernstnehmung zu halten oder zu steigern.

Versucht man, die skizzierten Orientierungen im Lichte des unbestrittenen Doppelcharakters von pax christi als Basisbewegung und als (international agierende kirchliche) Nicht-Regierungsorganisation zu reflektieren, wird klar, dass diesem Doppelcharakter nur ein Zusammenspiel der Hauptorientierungen trotz manifester Gegensätzlichkeit gerecht werden kann und dass jede gravierende Störung ihrer prekären Balance sich kontraproduktiv auswirken muss. Wie aber kann der Konflikt zu einem fruchtbaren Zusammenspiel auf einer tragfähigen »gemeinsamen Basis« transformiert werden?

■ Konflikttransformation

Für eine Konflikttransformation mag zunächst hilfreich sein, sich auf vermutlich geteilte Ziel- und Mittelbestimmungen für pax christi zu besinnen – etwa wie sie das Internationale Sekretariat in seinem Prospekt zum 60. Jubiläumsvorjahr vornimmt. Danach geht es um »Alternativen zur Gewalt«, um die »Verbreitung einer Kultur des Friedens« und – im Gegensatz zu einer »ungezügelter(n), negative(n) Globalisierung« – um einen »Prozess positiver Globalisierung (von) sozialer Gerechtigkeit« (Pax Christi International, o. J., passim).

In dieser Abstraktheit sind Ziel- und Mittelbestimmungen kaum strittig. Wenn es dagegen an anderer Stelle des fraglichen Prospekts heißt, pax christi gebe »bei der Lösung von Konflikten den gewaltfreien Mitteln den Vorrang«, scheint in lediglich wenig transparenter Weise auf das ultima ratio-Kriterium der bellum iustum-Lehre (für die Anwendung von militärischer Gewalt) zurückgegriffen zu werden. Denn dieses Kriterium hat ja als Kehrseite den Vorrang für gewaltfreie Mittel. Somit würde die fragliche Formel auf eine (Wieder-)Anpassung an die traditionelle (groß-) kirchliche Friedensethik hinauslaufen – zudem, durch Beschränkung auf ein einziges Kriterium, unter Inkaufnahme eines gravierenden Verlustes an kritischem Potenzial der bellum iustum-Lehre trotz aller ihrer Defizite. Vor allem aber verdeckt diese anscheinend in der deutschen Sektion besonders beliebte Formel den Zielhorizont der Überwindung von Militär und Krieg als kulturelle Institutionen.

Immerhin vertreten selbst die deutschen Bischöfe mit ihrem Hirtenschreiben »Gerechter Friede« eine (Kultur-)Entwicklungs-Perspektive bezüglich der Gewaltfrage, wenn sie eine Art »Pädagogik Gottes« der Herausführung der Menschheit aus einem »Zustand allgegenwärtiger Gewalt« über eine »gewaltbewehrte Rechtsordnung« zum gewaltfrei-

en »messianischen Frieden« postulieren (a.a.O., S. 31-33; vgl. Nauerth, 2003). Soll jedoch die Überwindung der militärischen Gewalt mit solchen theologischen Vorstellungen und Formeln nicht »eschatologisch vertagt« bleiben, müssen sie politisch programmatisch werden. Demgemäß sollten GV und Präsidium – um ihren Beitrag zu einer Überwindung der gegensätzlichen Orientierungen in der Gewaltfrage zu leisten – glaubhaft machen (können), dass ihnen diese politische Perspektive ein zentrales Anliegen ist. Andererseits müssen SympathisantInnen der oben herausgearbeiteten Position I realisieren, dass das pazifistische Projekt nur gradualistisch bzw. reformerisch angelegt sein kann und insofern unabdingbar Kompromisscharakter hat. Das ergibt sich aus der schieren Tatsache der politischen Programmatik und nicht zuletzt aus der konstitutiven Festlegung auf politische Einflussnahme durch Überzeugungsbildung (statt durch Zwangsprozesse). Man muss ihnen allerdings zugestehen, dass sie die militärpolitische Entwicklung penibel im Lichte der pazifistischen Perspektive analysieren, und darf ihnen nicht zumuten, die Verfolgung augenscheinlich dysfunktionaler (Zwischen-)Ziele zu unterstützen oder gar (Tötungs-)Gewalt auszuüben oder zu rechtfertigen.

Auch im Modus des Agierens ist eine »Brücke« erforderlich. »Graswurzelpolitisch« orientierte Mitglieder müssen sich klar machen, dass soziale Bewegungen, wenn sie mit ihren Bestrebungen dauerhaften Erfolg haben wollen, eine Institutionalisierung bzw. irgendeine Zusammenarbeit mit der politischen Klasse nicht nur kaum vermeiden können, sondern darauf angewiesen sind. Die Entwicklung der Partei der Grünen aus der Ökologie- und Friedensbewegung zum Regierungspartner ist ein aufschlussreiches zeitgeschichtliches Beispiel. An ihm wird allerdings auch die Ambivalenz dieses Prozesses überdeutlich: Mit der politischen Profilierung vieler Protagonisten der Ausgangsbewegungen und ihrer Assimilierung an die politische Klasse ging eine Entfremdung von den Konzeptionen und Idealen ihrer (vormaligen) Basis einher. Auch die Leitungsebene von pax christi spielt weitgehend in einer anderen (kirchlichen und politischen) Liga und unterliegt damit unweigerlich einem vergleichbaren Entfremdungsprozess – erst recht, wenn man von dieser anderen Liga auch beruflich abhängig ist. Um die Entfremdung zumindest abzuschwächen, müsste man sich bewusst und gezielt offen halten für Kritik, Anregungen und Aktionsformen der »Graswurzelpolitiker« des Verbandes.

In den oben nur angesprochenen Positionen II und III kann man den skizzierten »common ground« in je unterschiedlicher Weise angelegt sehen. Das braucht hier nicht durchbuchstabiert zu werden. Wichtiger ist zu realisieren, dass es über geteilte (mentale) Brücken-Konstruktionen hinaus immer wieder zu einem echten »Zusammenspiel«,

zu kooperativem Handeln bei konkreten Projekten, kommen muss, wenn der Konflikt nachhaltig transformiert werden soll. Dazu muss eine positive wechselseitige Abhängigkeit im Hinblick auf die Zielerreichung bei solchen Projekten bestehen. Das besagt, die Projekte müssen so angelegt sein, dass die (beiden) Parteien ihre Ziele nur zusammen erreichen können. Im Verhältnis von GV/Präsidium und Kommission(en) ist hervorzuheben, dass die gemeinte Kooperation nicht mit der für die Leitungsebene reklamierten Abstimmung öffentlicher Äußerungen von Fachkommissionen miteinander verwechselt wird. Darin dürfte eher ein Kontrollanspruch gegenüber der Kommissionsarbeit zum Ausdruck zu kommen als Interesse an einer Zusammenarbeit »auf Augenhöhe«. Ebenso wenig geht es um die Ausführung von Arbeitsaufträgen des GV (bzw. des Präsidiums) an Kommissionen sozusagen im einem Angestelltenverhältnis. Kooperation »auf Augenhöhe« könnte wohl am ehesten durch strukturelle Einbindung der Leitungsebene in die Kommissionsarbeit bzw. durch Repräsentation der Kommissionen auf der Leitungsebene erreicht werden.

■ Resümee und Ausblick

Mit der eingangs erwähnten Auflösung von zwei Kommissionen wurde die prekäre Balance von zwei kontrastierenden Grundorientierungen von pax christi – dem eher basisnahen und prinzipiell pazifistischen Ansatz und dem establishmentnahen und lediglich prioritär pazifistischen Ansatz – empfindlich gestört. Diese Störung erscheint umso gravierender, als die prinzipiell pazifistische basisnahe Position entsprechend den Selbstauskünften der neuen Mitglieder des Präsidiums bestenfalls noch rudimentär auf dieser Leitungsebene vertreten ist (cf. Metzler, 2007). Die sich damit abzeichnende Entwicklung kann man als »Hollandisierung der deutschen Sektion« verstehen – zu kennzeichnen etwa mit den Stichworten: »politischer Pazifismus«, »Politikfähigkeit« als katholische NGO im parlamentarischen und staatsbürgerlichen Raum, Verzicht auf außerparlamentarische Bewegungsarbeit und im Besonderen auf zivilen Ungehorsam, stattdessen professionelle und politisch korrekte Repräsentanz der Organisation, Lobbyarbeit gegenüber Entscheidungsträgern, Entsendung von Friedensfachkräften in Krisengebiete auf semi-offizieller Ebene, »zivil-militärische Zusammenarbeit« usw. (in Anlehnung an Klinger, 2006). In der Folge ist der (weitere) Rückzug radikalpazifistischer und basisnaher engagierter Verbandsmitglieder zu befürchten. Damit droht eine konstitutive Komponente der pax christi-Bewegung (hierzulande) zu verkümmern, der Zielhorizont der »Befreiung zum Frieden« (E. Drewermann), der Überwindung von Militär und Krieg als kulturelle Institutionen, verloren zu gehen, das Salz – jesuanisch

gesprochen – schal zu werden. Dagegen wird hier für ein bewusstes, kritisches Zusammenspiel der Hauptorientierungen trotz manifester Gegensätzlichkeit plädiert. Als dessen Basis wird eine kompensatorische Sicht der wechselseitigen Beziehungen vorgeschlagen. Sie muss allerdings durch Kooperation statusmäßig selbständiger, sich »auf Augenhöhe« befindender Organe des Verbandes bei konkreten Projekten immer wieder bestätigt und vertieft werden, um den strukturellen Konflikt in produktive Bahnen zu halten bzw. zu lenken.

Vermutlich ist die vorliegende Analyse in den Grundzügen auf die Friedensbewegung überhaupt anwendbar. Eine Besonderheit von pax christi scheint darin zu liegen, dass die gegensätzlichen Orientierungen organisatorisch verbunden sind. Das beinhaltet die Gefahr der wechselseitigen Blockierung, bietet aber auch eine besondere Chance streitbar-fruchtbarer Zusammenarbeit.

Prof. Dr. Albert Fuchs war kooptiertes Mitglied der pax-christi-Kommission Friedenspolitik. Für diesen Beitrag hat er zahlreiche Anregungen befreundeter Pax-Christen aufgegriffen, vertritt insgesamt jedoch nur seine Sicht der Dinge.

Literatur

Chomsky, Noam (1999): Bemerkungen zu Orwells Problem. In N. Chomsky, Sprache und Politik (S. 109-122); Berlin

Die deutschen Bischöfe (2000): Gerechter Friede; Bonn

Klinger, Fred (2006): Betr. Kommissionsgeschäfte. Persönliche Mitteilung. E-Mail vom 23.12.06

Metzler, Odilo (2007): Das neue Präsidium. paxzeit, 1/07, S. 16-17

Mixa, Walter (2005): Predigt beim ökumenischen Gottesdienst am 11. Oktober 2005 im Bonner Münster anlässlich der Kommandeurtagung »50 Jahre Bundeswehr«. Verfügbar unter: <http://www.katholische-militaerseelsorge.de/vortraege>.

Nauerth, Thomas (2003): Über die Pädagogik des Gottes Israels. In H.-G. Justenhoven & R. Schumacher (Hrsg.), »Gerechter Friede« – Weltgemeinschaft in der Verantwortung (S. 82-88); Stuttgart

pax christi – Deutsche Sektion (2006): Dokumentation der pax christi-Delegiertenversammlung vom 10. bis 12. November 2006, Bonifatiushaus, Fulda; Bad Vilbel

Pax Christi International – Internationales Präsidium/Generalsekretär (o. J.): Pax Christi International 1945-2005; Brüssel

Schnettler, Johannes (2006): An den Präsidenten von pax christi. Schreiben vom 18.05.06 an Bischof Algermissen

Tarrow, Sidney (2004): Transnational politics: Contention and institutions in international politics. Annual Review of Political Science, 4, S. 1-20